



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/280 - 2.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Begriffsverwarrung	S. 1
McCarthy und Präsident Eisenhower	S. 3
Gefährdete Koalition in Bayern ?	S. 5
Zum Amnestie-Entwurf	S. 7

Nationale Würde und Europagesinnung

Von Dr. Karl Mommer, MdB

Es wird in allen Nationen mit höchster Strafe bedacht, wer den Zielen einer Besatzungsmacht auf Losreiung von Teilen des alten nationalen Territoriums Vorschub leistet. Alle Völker Europas betrachten die eigene und ungeteilte Nation als den Beitrag, den sie zum Aufbau Europas mitzubringen haben. Pella und de Gasperi, sicher unverdächtige Zeugen, haben noch kürzlich gesagt, wenn der Weg nach Europa über die Trümmer des Nationalstaates führe, dann könne darüber nur die ganze Europaidee Schaden erleiden und zu Grunde gehen. Was würde de Gasperi von Italienern sagen, die um momentaner Vorteile willen in Triest von Anfang an die Losreiung dieser italienischen Stadt von Italien, zusammen mit den Sieghermachten, betrieben hatzen? In Italien ist es selbstverständlich, daß man ein guter Italiener sein muß, um ein guter Europäer sein zu können.

In Deutschland aber herrscht als Folge des nazistischen ubernationalismus und der Tendenz zur moralischen Unterwerfung unter die Sieger eine solche Begriffsverwirrung, daß manche Anhänger der europäischen Einigung zu glauben scheinen, man könne zugleich ein Agent einer Besatzungsmacht oder Separatist und ein guter Europäer sein.

In den deutschen Europaorganisationen behandelt man die

saarländischen Politiker, die sich der Zerstückelungspolitik Frankreichs gegenüber Deutschland zur Verfügung stellen, als gleichberechtigt und schämt sich nicht, Entschlüsse zuzustimmen, welche die Saarpolitik Frankreichs, diese üble Tat antieuropäischer Expansionspolitik, in eine europäische Tat umfälschen möchten.

Seit einiger Zeit versucht man, darüber hinaus den führenden Politikern der Separation öffentliche Tribünen in der Bundesrepublik zur Verfügung zu stellen. Justizminister Dr. Braun hat jetzt zum zweiten Mal, allerdings dieses Mal nicht unwidersprochen, seine Heucheleien vor gutgläubigen deutschen Jugendlichen zum Besten geben können. Braun ist einer der prominentesten Saarländer in den europäischen Versammlungen, die auf Befragen ihren Geburtsort nicht angeben, weil sie nämlich erst nach Hitlers Machtübernahme ins Saargebiet gekommen sind. Herr Braun hat in Neuß am Rhein die gleiche Schulbank gedrückt, wie der Schreiber dieser Zeilen. Die Emigration brachte ihn nach Saarbrücken und bei der Volksabstimmung von 1935 war er "für Deutschland, gegen Hitler", vergaß aber nach Hitlers Verschwinden den ersten Teil dieses Bekenntnisses. Bei den deutschen Sozialdemokraten an der Saar gilt er als der böse Geist der separatistischen SPS. Er ist mit Grandval und Hoffmann ein Haupttreiber in der Unterdrückung der demokratischen Freiheit für die Deutschen an der Saar, die da meinen, daß sich ganz Deutschland, einschließlich der Saar, mit Frankreich in Europa zusammenfinden müsse.

Das Vorgehen des Bundes europäischer Jugend (wer gibt da das Geld?) in Kelsungen in Hessen zeugt von einer nationalen Würdelosigkeit, die nur in der totalen Verwirrung der Begriffe in Deutschland möglich ist. Es muß allerdings gesagt werden, daß es dem deutschen Volk in dieser Verwirrung an Führung fehlt. Müßte nicht die Bundesregierung der drohenden Gleichsetzung von landesverräterischem Separatismus mit guter europäischer Gesinnung entgegentreten und, so wie es Pella und de Gasperi noch kürzlich getan haben, das Verhältnis von Nation zu jeder Art von europäischer Integration klipp und klar darlegen? Die Bundesregierung tut das Gegenteil: Seit Jahr und Tag begünstigt sie das Durcheinander durch ihr Eingehen auf die sogenannte Europäisierung des Saargebietes. Kein Volk benötigt so sehr wie das mehrfach gespaltene deutsche Volk ein gesundes Nationalgefühl und einen unbändigen Willen zur nationalen Einheit. In keinem Volk Europas gibt es so wenig davon und trägt eine Regierung so sehr zu ihrer Verkümmernng bei. Wir möchten glauben, daß Dr. Dehler dies meinte, als er bei der Aussprache über die Regierungserklärung von der Notwendigkeit und der Stärkung des Staatsgefühls der Deutschen sprach, das nicht durch eine europäische Gesinnung ersetzt werden könne.

Das Rededuell in Kelsungen zwischen dem Rheinländer Dr. Braun als saarländischem Justizminister und dem ausgewiesenen Saarländer und Bundestagsabgeordneten Walz sollte für alle, denen etwas an Selbstachtung und Einheit unseres Volkes liegt, ein Zeichen sein. Wird die Bundesregierung weiterhin solch freche Herausforderungen der Grotewohle des Westens dulden? Wir jedenfalls nicht!

+ + +

Spaltung oder Radikalisierung: Was geht in der
Republikanischen Partei der USA vor ?

H.S.-New York, Anfang Dezember

Haushoch schlagen zur Zeit die Wogen der Erregung in der amerikanischen Innenpolitik - und das Resultat der gegenwärtigen Fieberhitze kann sehr wohl eine wichtige Strukturveränderung in der regierenden Republikanischen Partei sein. Das Gespenst der Parteispaltung geht um, und Gerüchte von der bevorstehenden Gründung einer "Dritten Partei" auf der äußersten Rechten der amerikanischen öffentlichen Meinung, also noch rechts von der im allgemeinen als konservativ geltenden Republikanischen Partei von heute, haben letzthin vermehrte Nahrung gefunden. Es ist dies bestimmt keine Angelegenheit von heute und morgen; Parteispaltungen gehören in Amerika zu den ungewöhnlichen Seltenheiten, und wenn sich eine kleine Gruppe von Extremisten aus dem republikanischen Lager heute zusammenfindet und ein "Nationalkomitee" irgendwelcher Art und mit einem radikal nationalistischen Programm verkündet, so bedeutet das noch nicht eine ernstliche Sprengung oder Gefährdung des herrschenden Zwei-Parteien-Systems. Andererseits aber ist das Gefüge der Republikanischen Partei doch nicht so fest, daß nicht eine Erschütterung erhebliche Folgen nach sich ziehen müßte - und vor allem ist die Position des "liberalen Flügels" innerhalb dieser Partei, obwohl man den Präsidenten Eisenhower selber dazu rechnen muß, nicht so stark, daß die Möglichkeit, ihn herauszudrängen oder mundtot zu machen, ohne weiteres abgelehnt werden kann.

Zwei verschiedene Tendenzen machen sich auf dem äußersten rechten Flügel der Partei bemerkbar: Die eine, aus der Partei herauszugehen und etwas von Grund auf Neues, eine "Amerikanische" oder "Nationale" Partei, neu aufzubauen - und zweitens eine umgekehrte Tendenz, die konservativen Kräfte innerhalb der existierenden Partei zu verstärken, die liberalen Kräfte in ihr in die Minderheit zu versetzen und somit die Gesamtpartei von innen zu erobern und zu radikalisieren. Es entspricht amerikanischer Parteitradition und der organisatorischen Struktur der beiden großen Parteien, daß ein solcher Versuch aussichtsreicher ist als ein Spaltungsmanöver; es würde z.B. genügen, dass der radikale Flügel einen populären Mann, als Politiker bekannt und einflußreich, so weit in den Vordergrund zu schieben versteht, daß ihn die nächste Parteikonvention, im Sommer 1956, zum Parteikandidaten für die Präsidentschaft als Nachfolger Eisenhowers wählt - und schon wäre der Radikalisierungsprozeß der Partei in der Hauptsache erfolgt.

McCarthy - Sammelzentrum nationalistischer Kräfte

Daß eine Persönlichkeit vorhanden ist, die für eine solche parteiinterne Taktik geeignet wäre, und um die sich der nationalistische Parteiflügel mit Leichtigkeit gruppieren dürfte, ist bekannt. Senator Joseph McCarthy hat aus seinem persönlichen Ehrgeiz niemals Hehl gemacht - und wenn es auch viel zu früh ist, von ihm als möglichem Thronprätendenten zu sprechen, und wenn es auch zahllose Kräfte

innerhalb der Partei gibt, die entschlossen wären, dem streitbaren Senator mit allen Kräften den Weg ins Weiße Haus zu verbarrikadieren, so ist doch McCarthy heute ein Sammelzentrum nationalistischer und chauvinistischer Kreise und Kräfte. McCarthy hatte bisher seine wachsende Popularität in durchaus beträchtlichen Sektionen des amerikanischen Volkes seiner Aktivität im "Ausgraben" kommunistischer Geheimagenten oder kommunistischer Aktivisten, die im Staatsdienst tätig waren, zu verdanken; er hat zwar freilich kaum je einen "neuen" Agenten gefunden, sondern nur Namen an die Öffentlichkeit gebracht, die schon längst verdächtigt oder überführt waren, die der Polizei bekannt waren und die auch zumeist lange vor McCarthys Tätigkeit aus dem Staatsdienst entfernt worden waren - alles zusammen eine nicht sehr große Zahl. Immerhin hat sich der amerikanische Staatsapparat von diesen Leuten längst gereinigt - aber vielfach hat McCarthy Amerikaner davon überzeugen können, daß gleichsam er alleine über die Sicherheit und Freiheit Amerikas wache. Solange Truman im Amt war, konnte man das als erlaubtes Manöver der Parteipolitik ansehen; aber da er jetzt, und zwar in zunehmender Schärfe, auch der Regierung Eisenhower gegenüber den wachsamem Kontrolleur spielt, hat es Reibungen zwischen Eisenhower und ihm gegeben, die eines Tages vielleicht zu einer Kraftprobe zwischen Beiden und damit zu einer Frage der Vormachtstellung innerhalb der Partei werden dürften.

Der gesamte "liberale" Flügel der Republikanischen Partei ist über den rabiaten und bedenkenlosen Parteifreund recht unglücklich, und man würde dort vermutlich erleichtert aufatmen, wenn McCarthy bei der nächsten Senatsneuwahl in seinem Heimatstaat nicht mehr wiedergewählt werden würde. Aber da vorläufig wenigstens McCarthys Stern noch weiter steigt, ist damit auf lange Zeit nicht zu rechnen. Im Gegenteil, zwei private Konferenzen konservativer Republikaner, die in den letzten Wochen stattfanden, haben beide durchblicken lassen, daß sie McCarthy für den geeigneten Präsidentschaftskandidaten im Jahre 1956 halten; die eine der beiden Gruppen will dafür sorgen, daß möglichst viele republikanische Parteitagdelegierte dann für ihn eingenommen sind, und will also den extremistischen Flügel der Partei zu stärken suchen - während die andere Gruppe, hinter der der alte Herausgeber der "Chicago Tribune", Oberst Robert McCormick, steht, versucht, bis dahin eine neue "Amerikanische Partei" aus der Taufe heben und mit dieser dann McCarthy in den Wahlkampf folgen zu können.

Gründung eines "Freiheitskongresses"

Oberst McCormick ist trotz des Einflusses, den seine Zeitung im mittleren Westen ausübt, immer ein politischer Einzelgänger gewesen, und hat sich im Grunde niemals in der amerikanischen Politik durchsetzen können. Auch die Mitglieder dieser Gruppe, die sich als "Amerikanisches Aktionskomitee" konstituiert hat und dieses als Wiege einer künftigen "Nationalpartei" ansieht, sind zumeist Leute, hinter denen keine wirkliche Macht steht. Dagegen ist die andere Privatkonferenz republikanischer Persönlichkeiten ernsthafter: Sie fand vorige Woche in Omaha (im Staat Nebraska) statt und gründete eine lose Organisationsform, die sich "Freiheitskongreß" nennt. Sie wird von Archibald Roosevelt geleitet, einem Sohn des früheren Präsidenten Theodore Roosevelt (nicht mit Franklin D. Roosevelt zu verwechseln, der Demokrat war); diese Organisation hat sich ausdrücklich gegen die Gründung

einer neuen Rechtspartei ausgesprochen, sondern sucht ihren Vertrauensmann (McCarthy) und ihr Programm (Schutzzölle, Ausscheiden Amerikas aus der UNO, Auflösung der Kommunistischen Partei der USA, strikteste Nichtanerkennung Rot-Chinas, Unterstützung Tschiang-Kai-Scheks usw.) innerhalb der bestehenden Republikanischen Partei durchzusetzen. Ein solches Komitee entschlossener und kompromißloser Nationalisten kann dabei leicht zum politisch gewichtigen Kristallisationspunkt eines Rechtsrucks innerhalb der Republikanischen Partei werden.

+ + +

Niemand kann zwei Herren dienen

Gerüchte um eine Krise in der bayerischen Koalitionsregierung

K.T. - München

Die Christlich Soziale Union in Bayern hat es nicht leicht. In Bayern bildet sie mit der SPD und dem BHE eine Regierung, in Bonn ist sie Koalitionspartner der Adenauer-Regierung. Immer, wenn in Bonn Entscheidungen zu Ungunsten der Länder getroffen worden, erhebt sich in München ein großes Geschrei. Doch was hilft's, wer in Bonn Ja gesagt hat, dem fällt es schwer, in Bayern Nein zu sagen. Die CSU muß zwei Herren dienen und kann es nicht, wenn sie sich nicht selbst untreu werden will.

Diese Zwiespältigkeit der Empfindungen hat in jüngster Zeit zu nicht unerheblichen Spannungen in der Partei geführt. Man hat erkannt, daß dieses Sitzen zwischen zwei Stühlen auf die Dauer nicht tragbar ist. Besonders der Kreis um den bayerischen Landtagspräsidenten Dr. Hundhammer ist eifrig bemüht, aus dieser verworrenen Lage für seine politischen Ambitionen Kapital zu schlagen. Kapital in dem Sinne, daß er eifriger denn je eine Auflösung der bayerischen Koalition betreibt, um in Bayern eine rein christliche soziale Regierung zu bilden - und so nebenbei wieder Kultusminister zu werden - Hundhammer, in der Verfolgung seiner Ziele seit eh und je mit einer geradezu fanatischen Gläubigkeit ausgestattet, setzt sich über alle realpolitischen Möglichkeiten hinweg und ignoriert die politische Linie seines Parteivorsitzenden, Ministerpräsidenten Dr. Ehard.

Ehard weiß um die Schwierigkeiten seiner Partei und tritt für die Erhaltung der Koalition bis zu den neuen Landtagswahlen im kommenden Herbst ein. Gewiß, der Übertritt von sechs Bayernpartei-Abgeordneten zur CSU in jüngster Zeit hat die Fraktion der CSU im bayerischen

Landtag zur stärksten gemacht und ihr die Möglichkeit gegeben, eine Regierung aus den eigenen Reihen zu bilden. Doch was will eine so geringe Regierungsmehrheit bedeuten, wenn in so vielen Fragen der bayerischen Innenpolitik selbst in der eigenen Fraktion nicht immer Einmütigkeit herrscht. Hinzu kommt, daß die Stellung der CSU zu Bonn die Partei zwingt, dort einen Kurs zu unterstützen, der im eigenen Land nicht immer Verständnis findet.

Hundhammer will dagegen die Koalitionsauflösung unter allen Umständen und spricht davon, daß man die klerikalen Kreise der Bayernpartei leicht gewinnen kann und daß dann die SPD in Bayern endlich ausgespielt hätte. Man, wer die jüngsten Vorgänge in der Bayernpartei verfolgt hat, kann Herrn Hundhammer nur wünschen, den Rest der Bayernpartei zu schlucken, denn dieses im Augenblick gewonnene politische Kapital wird sich nicht verzinsen. Alle Versuche, zwischen der Bayernpartei und der CSU zu einem wirklich ernsthaften Gespräch zu kommen sind bisher gescheitert, denn wer von der Bayernpartei will denn überhaupt noch verantwortlich zeichnen, wenn sich die Situation im eigenen Lager von Tag zu Tag ändert. Da helfen auch keine Umwidmungsversuche mit der FDP, wie sie in jüngster Zeit zu beobachten waren, als man vorschlug, im fränkischen Raum alle politischen Interessen der FDP zu überlassen, dafür aber zu fordern, daß die FDP der Bayernpartei in Niederbayern freie Hand läßt.

Die SPD sieht dieser Entwicklung mit Ruhe entgegen. Ihre Stellung ist trotz des Ausgangs der Bundestagswahl gesichert. Sie hat zu der bayerischen Koalition Ja gesagt und bleibt bei diesem Ja. Sie fürchtet auch nicht die Hundhammerschen Methoden. Alles, was Herr Hundhammer von einer Krise der Koalitionsregierung in die Welt setzt sind Gerüchte und nicht zum ersten Male hat er sich geirrt. Als die SPD seinerzeit diesen Politiker als untragbar für die Koalition ansah und ihm den Posten eines Kultusministers verweigerte, orakelte er, daß diese bayerische Zweckhe nicht einmal die Flitterwochen überstehe. Nun, jetzt sind drei Jahre vergangen und sie wird auch noch die letzten zwölf Monate andauern, weil Dr. Ehard erkannt hat, daß man ohne die SPD in Bayern nicht regieren kann.

+ + +

Selbstamnestierung

(sp) Der Entwurf eines Straffreiheits-Gesetzes bringt Straffreiheit nur für bestimmte Sondertatbestände, die in den meisten Fällen eine Sonderregelung rechtfertigen mögen.

Eine Bestimmung freilich - recht unauffällig in den Kranz der übrigen eingeflochten - fordert zum Widerspruch heraus, daß nämlich auch Beleidigungen im politischen Meinungsstreit amnestiert werden sollen. Die amtliche Begründung, daß dadurch eine innere Befriedung erreicht werde, scheint nicht stichhaltig zu sein. Wahrscheinlicher ist die entgegengesetzte Folge, daß es künftig noch weniger Anstand und Fairness im politischen Kampf geben wird, weil die Aussicht auf Straffreiheit die Hemmungslosigkeit fördert.

Die Regierung versichert, in drei Vierteln aller Fälle sei sie oder eines ihrer Mitglieder die Beleidigten, sie sucht damit den Eindruck besonderer Großzügigkeit zu erwecken. Die Feststellung ist erstaunlich angesichts dessen, was sich in der Zeit vor den Wahlen abspielte. Gegen die SPD ist eine einzige einstweilige Verfügung erlassen worden, gegen die sofort Widerspruch erhoben wurde. Gegen die Regierung oder Vertreter der Regierungspropaganda lagen eine ganze Reihe solcher einstweiligen Verfügungen, lagen Klagen und auch Verurteilungen vor. Möglich, daß die Mitteilung von Regierungsseite sich auf eine größere Anzahl kleinerer Fälle bezieht - in allen wichtigen, die Öffentlichkeit beschäftigenden Vorkommnissen dieser Art mußte sich die SPD gegen Verleumdungen der Regierungsseite zur Wehr setzen. In allen diesen Fällen amnestiert die Regierung sich selbst.

Noch bedenklicher wird die Angelegenheit, daß offensichtlich auch vorgesehen ist, in Gang befindliche Verfahren durch die Amnestie niederzuschlagen. Hier steht der Fall Blankenhorn-Schmeisser im Vordergrund, der auch Beschuldigungen gegen den Kanzler einschließt. Die erste Verhandlung war für den 1. Juli 1953 in Hannover angesetzt. Die Verhandlung wurde mehrmals vertagt, vor allem im Hinblick auf die Wahlen. Jetzt soll sie offenbar völlig aus der Welt geschafft werden. Gegen diese Methode muß man sich entschieden zur Wehr setzen.

Verantwortlich: Peter Raunau